

P R O T O K O L L
der 329. Sitzung des Grossen Gemeinderats

Datum	Dienstag, 19. Januar 2010
Zeit	19.00 - 21.10 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Grütter K. Urs (Geschäft 1) Wegmüller Beat (ab Geschäft 2)
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Markus, Cadetg-Hafen Ruth, Corti Andrea, Eber Béla, Fankhauser Suzanne, Friedli Rolf, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Huber Manuel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kempf Daniela, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Pulver Gerhard, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, Streit Lee, Treier Hannes, von Fischer Niklaus, Wakil Ramina, Wenger-Kupferschmied Ursula, Ziberi Johanna
Stimmzähler	Mallepell Elisabeth, Marti Beat (Geschäfte 1 + 2) Eber Béla, von Fischer Niklaus (ab Geschäft 3)
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	Brügger Yong, Chételat-Dangel Caroline, Häusermann Martin, Schönenberger-König Daniela
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

Geschäfte 11

Traktanden

1	Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2010	150
2	Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2010 - 1. Vizepräsidium - 2. Vizepräsidium - 2 Stimmzähler	152
3	Geschäftsprüfungskommission Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2010	153
4	Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2009	154
5	Umweltschutzkommission; Ersatzwahl	154
6	Schulkommission; Ersatzwahl	154
7	Änderungen Zonenplan und Baureglement im Gebiet Siloah und Bahnhof Gümligen (Ortsplanungsrevision 1. Schritt)	155
8	Desinvestition von Liegenschaften am Sonnenweg und im Steinhübeli	157
9	Regionalkonferenz Bern-Mittelland; Freiwilliger Beitritt zur Teilkonferenz Wirtschaft	160
10	Rahmenkredit für den baulichen Unterhalt von Gemeindestrassen im Jahre 2010 <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
11	Begegnungszone Turbenweg; Objektkredit <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
12	Kreisel Sonnenfeld; Kreditabrechnung <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
13	Motion Manz (SP) betr. Einrichtung einer ständigen Bau- und Planungskommission (BPK) des Grossen Gemeinderats <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
14	Motion Wenger / Kempf (EVP) betr. portofreie briefliche Wahl und Abstimmung <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
15	Motion Fankhauser (SP) betr. Beleuchtung der Veloabstellplätze und den Wegen zu den Abstellplätzen <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
16	Motion Wegmüller (SP) betr. Internet-Abstimmung <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
17	Postulat Gautschi (forum) betr. Bildung einer nicht ständigen Kommission für die Begleitung des Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz (A6 auf Gemeindegebiet) <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--

- 19. Januar 2010 -

18	Postulat Wakil (SP) betr. Einführung Minergie-P Standard <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
19	Postulat SVP-Fraktion betr. Erschliessung Gewerbegebiet Worbstrasse direkt ab Perron <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
20	Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. Ideenwettbewerb Altersheim für Erweiterung und Gestaltung Speisesaal Altersheim Nussbaumallee <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
21	Interpellation Siegenthaler (FDP) betr. TV Filmaufnahmen Gemeinde Muri <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
22	Interpellation Manz (SP) betr. Situation im Multengut <i>verschoben auf 23. Februar 2010</i>	--
23	Informationen des Gemeinderats	164
24	Neue parlamentarische Vorstösse	164

Der Vorsitzende eröffnet die 329. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse vorab die neuen Ratsmitglieder Annik Bärtschi (FDP) und Beat Schmitter (FDP). Das Büro werde assistiert durch Anni Koch als neue stv. Gemeindeschreiberin und somit auch Protokollführerin des GGR. Im Weiteren begrüsse er die zahlreich erschienenen Pressevertreter sowie die anwesenden Gäste.

Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

1 Wahl des Präsidenten des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2010

Die Sozialdemokratische Partei Muri-Gümligen schlägt zur Wahl vor:

Beat Wegmüller, Alpenstrasse 26, Gümligen

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Einstimmig wird Beat Wegmüller als Präsident des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2010 gewählt.

Beat Wegmüller bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten herzlich zur Wahl.

Johanna Ziberi (SP) gratuliert Beat Wegmüller mit folgenden Worten zur Wahl:

"Liebe Parlamentarierinnen und Parlamentarier, geschätzte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, liebe Anwesende. Für uns als SP-Fraktion ist es heute ein besonderer

- 19. Januar 2010 -

Glücksfall, dass Beat Wegmüller ab heute und für ein besonders interessantes Jahr unsere Geschäfte steuern wird. Besonders lobenswert finden wir, dass er extra für dieses Jahr als Präsident des Grossen Gemeinderates von Muri-Gümligen eine Ausbildung als Mediator absolviert hat. Aus seiner früheren Arbeitstätigkeit hat er ja Erfahrung mit Menschen mit besonderen Bedürfnissen und hat gewusst, dass ein solcher Spezialist auch im Parlament von Muri-Gümligen gebraucht werden könnte. So findet er sich selber sicher auch noch ein wenig rechter von links zurecht und wird dafür sorgen, dass wir uns auch ohne Lautsprecher von der einen bis zur andern Ecke bestens verstehen. Beat Wegmüller kennt die Gemeinde wie seine Westentasche. Er kennt sicher auch mindestens die Hälfte der Leute, die hier wohnen. Mit ca. 300 kg Äpfeln hat er dazu beigetragen, dass die Gemeinde nicht nur politisch aktiv, sondern auch gesund bleibt und noch vor einigen Tagen hat er bei minus 6 Grad Kronen verteilt, damit jeder weiss, wie wichtig er oder sie für ihn ist. Als Strassenarbeiter weiss er auch, was ein gutes Dach über dem Kopf bedeutet und hat manche wichtige Erfahrung in die Baukommission einbringen können. Wir sind sicher, dass Beat Wegmüller seine Erfahrungen als Präsident unseres Parlaments nutzen wird, um stabile Mauern zu bauen, welche uns Sicherheit geben, mit offenen Türen, wo alle willkommen sind, welche etwas für unsere Gemeinde beitragen wollen. Ich beglückwünsche nicht nur Beat Wegmüller zu seiner Wahl, sondern ich beglückwünsche uns alle dazu, dass er unsere Geschäfte im Jahr 2010 leiten wird. Besten Dank."

Beat Wegmüller bedankt sich bei Johanna Ziberi für die lieben Worte. Er sei auf Unterstützung angewiesen, sowohl von der Fraktion, als auch von sämtlichen Ratsmitgliedern.

Es folgt eine musikalische Darbietung des Trios Papillon.

Beat Wegmüller (SP) dankt dem Trio Papillon für die Darbietung und hält folgende Antrittsrede:

"Als Erstes möchte ich mich bei Urs Grütter ganz herzlich bedanken. Er hat mich sehr gut in dieses Amt eingeführt. Ich konnte an den Büro-Sitzungen und an den Vorbereitungsitzungen viel von ihm lernen und hoffe, dies in diesem Jahr auch umsetzen zu können. Heute bekommst Du kein Abschiedsgeschenk, da Du dieses bereits vor einem Jahr mit der Brass Band Emmental eingezogen hast, aber ich möchte Dir ganz herzlich danken. Ich werde keine übliche Antrittsrede halten, ich habe nämlich ein wenig gebastelt während der vergangenen Wochen und habe etwas mitgebracht. (In der Mitte des Saals befindet sich ein grosser, schwarzer Kubus). Ich möchte Euch meine Antrittsgedanken anhand dieses Objekts übermitteln. Meine Frage: Was seht Ihr hier? (Als Antworten werden genannt: "Black Box", "Modell der Kaba", "schwarze Kiste", "schwarzer Würfel", "Sitzgelegenheit für ältere Leute"). Ich habe gehört "ein schwarzer Würfel". Sehen das alle so? Auch die Presse? Und die Zuschauer? Man könnte vermutlich sagen, wir sind uns einig, dass wir alle dasselbe sehen. Dies gibt es ja eigentlich selten in diesem Parlament. Meistens ist es so, dass wenn man ein Problem hat, alle dasselbe sehen, aber nicht alle sehen eben dieselben Seiten. (Es wird auf den Würfel gezeigt.) Forum und SP sehen diese Seite, SVP und EVP sehen vor allem diese Seite, die FDP diese und der Gemeinderat diese Seite und noch ein wenig darauf hinab. Manchmal könnte man sagen, man könnte doch den Würfel drehen, dann würde man ihn ein wenig von einer anderen Seite aus sehen. Oder eine Möglichkeit wäre, den Standort einmal zu wechseln. So stelle ich mir dies vor und dies ist eines meiner Anliegen im laufenden Jahr, ich möchte in der Gemeinde Muri-Gümligen verschiedene Institutionen und Organisationen selber einmal von einer anderen Seite her kennen lernen. Aber es gibt noch eine andere Dimension. Eine

- 19. Januar 2010 -

Seite haben wir alle nämlich gar nicht gesehen. (Er dreht den Würfel um, der Boden ist weiss und befindet sich nun oben). So kann man sich eben manchmal täuschen und es ist auch in der Politik so, dass es nicht eine schwarz-weiße Politik gibt. Ich würde mir wünschen, dass es im Parlament auch farbig zu und her geht, denn letztlich macht die Politik die Menschen aus. Menschen sind verschieden farbig. Ich würde mir also wünschen, dass es in diesem Jahr ein wenig farbiger zu und her geht und schauen wir nun, ob dies funktioniert. (Er entnimmt dem Würfel farbige, aneinander geknüpfte Tücher). Dies waren meine Gedanken zum Antritt zu diesem Präsidentschaftsjahr. Ich bedanke mich."

Markus Bärtschi richtet das Wort namens der SVP-Fraktion an Urs Grütter. Ganz ohne irgendetwas in den Händen wolle man Urs Grütter nicht ziehen lassen. Es sei schon wieder ein Jahr her, dass man ihm anlässlich seiner Wahl einen Dirigentenstab überreicht habe. Er fasse sich hier so kurz, wie Urs Grütter die Parlamentarier während seiner Amtsdauer ab und zu gehalten habe und gehe davon aus, dass er damit in seinem Sinn handle. Auch wenn begreiflicherweise für das Amt des höchsten Murigers - wie man dies dann übermorgen wohl in der Zeitung lesen könne - keine Kampfwahl stattfinde, so seien wir doch in der glücklichen Lage, dass unser System immer wieder Leute hervorbringe, welche bereit seien, die nicht unbeträchtliche zusätzliche Zeit zu investieren. Die Fraktion gehe davon aus, dass er die Freude an der Musik nicht verloren habe, weshalb sie ihm - passend zum Dirigentenstab - einen Gutschein eines Musikgeschäfts überreiche, mit der Auflage, dass er sich dort eine Partitur nach seinem Geschmack beschaffe. Dies habe ihm das Amt, welches er im vergangenen Jahr ausgeübt habe, nicht immer bieten können. Die Fraktion danke Urs Grütter, dass er bereit gewesen sei, diesen zusätzlichen Einsatz zu leisten und wünsche ihm alles Gute.

2 Wahl des restlichen Büros des Grossen Gemeinderats für das Jahr 2010

1. Vizepräsident

Zur Wahl als 1. Vizepräsident schlägt die FDP-Fraktion

Hannes Treier, Dorfstrasse 38, Gümligen, vor.

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Hannes Treier wird einstimmig als 1. Vizepräsident für das Jahr 2010 gewählt.

Hannes Treier (FDP) dankt für das Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Hannes Treier herzlich zur Wahl.

2. Vizepräsident

Zur Wahl als 2. Vizepräsident schlägt die forum-Fraktion

Beat Marti, Pourtalèsstrasse 27, Muri, vor.

Der Wahlvorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Beat Marti wird einstimmig als 2. Vizepräsident für das Jahr 2010 gewählt.

Beat Marti (forum) dankt für das Vertrauen und erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Beat Marti herzlich zur Wahl.

Stimmzähler

Die forum-Fraktion schlägt

- Niklaus von Fischer, Kräyigenweg 63, Muri

und die SVP-Fraktion schlägt

- Béla Eber, Pelikanweg 7, Muri

zur Wahl als Stimmzähler vor.

Die Wahlvorschläge werden weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Niklaus von Fischer und Béla Eber werden einstimmig als Stimmzähler für das Jahr 2010 gewählt.

Niklaus von Fischer (forum) und Béla Eber (SVP) erklären Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Niklaus von Fischer und Béla Eber.

3 Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Geschäftsprüfungskommission für das Jahr 2010**Präsident**

Die SVP-Fraktion schlägt zur Wahl vor:

Rolf Friedli, Hess-Strasse 7, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Rolf Friedli wird einstimmig als Präsident der GPK für das Jahr 2010 gewählt.

Rolf Friedli (SVP) erklärt Annahme der Wahl.

Der Vorsitzende gratuliert Rolf Friedli herzlich zur Wahl.

Vizepräsident

Die forum-Fraktion schlägt zur Wahl vor:

- 19. Januar 2010 -

Martin Häusermann, Alpenstrasse 5, Gümligen

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Martin Häusermann wird einstimmig als Vizepräsident der GPK für das Jahr 2010 gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert Martin Häusermann herzlich zur Wahl.

4 Protokoll der Sitzung vom 20. Oktober 2009

Korrekturen von Amtes wegen:

Seite 125, oberste Zeile:

... Buchgewinn aus Landverkauf am Sonnenweg (CHF 2,0 **Mio.**).

Seite 138, Votum Niklaus von Fischer:

... Die forum-Fraktion stimme der Überweisung der Motion **nicht** zu.

Beschluss

Das Protokoll wird mit den obgenannten Korrekturen genehmigt.

5 Umweltschutzkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 30. September 2009 zurückgetretene Sonja Schläpfer schlägt die Sozialdemokratische Partei Beat Schneider, Seidenberggässchen 1, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Beat Schneider wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Umweltschutzkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

6 Schulkommission; Ersatzwahl

Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2009 zurückgetretenen Daniel Kneubühl schlägt die FDP. Die Liberalen Jürg Burri, Hausmattweg 29, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

Beschluss

Jürg Burri wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Schulkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert dem Gewählten.

7 **Änderungen Zonenplan und Baureglement im Gebiet Siloah und Bahnhof Gümligen (Ortsplanungsrevision 1. Schritt)**

Jsabelle Gossweiler führt aus, die GPK empfehle dem GGR einstimmig die Annahme der Änderung von Art. 62 Baureglement und der damit verbundenen Anpassungen des Zonenplans.

Hans-Rudolf Saxer gratuliert vorab dem neuen GGR-Präsidenten ganz herzlich zu seiner ausgezeichneten Wahl und wünscht ihm für das kommende Jahr alles Gute. Zum Geschäft erklärt er als gemeinderätlicher Sprecher, für den Bildungs- und Wirtschaftsstandort Bern - er sage explizit Bern und nicht Muri - sei es von grosser Bedeutung, dass die ISB möglichst rasch ihren neuen Campus im Gebiet Siloah Süd bauen und beziehen könne. Nach der Ablehnung der gesamten Ortsplanungsrevision im Mai 2009 habe der Gemeinderat deshalb nicht gezögert, das Modul ISB aus dem Gesamtpaket herauszulösen und möglichst bald - in leicht angepasster Form - erneut dem GGR zuhanden der Stimmberechtigten zu unterbreiten. Heute, nur 5 Monate nach Festlegung des weiteren Vorgehens durch den Gemeinderat, liege das wichtige Geschäft bereits auf dem Tisch des Parlaments. Dieses hohe Tempo sei nur aus drei Gründen realisierbar gewesen. 1.) Die vorgezogene Teilrevision sei im kombinierten Mitwirkungs- und Auflageverfahren auf sehr guten Boden gefallen. Es seien nur vier Einsprachen eingereicht worden, von denen drei nach Vornahme einer geringfügigen Ergänzung der Vorlage bereits zurückgezogen worden seien. 2.) Das AGR habe in verdankenswerter Art und Weise der Parallelschaltung der Verfahrensschritte "öffentliche Mitwirkung" und "öffentliche Auflage" zugestimmt, was einen Zeitgewinn von 3 1/2 Monaten bedeute. 3.) Sämtliche Projektbeteiligten hätten sich voller Elan und Herzblut an die neuen zeitlichen Gegebenheiten gehalten und alles daran gesetzt, dass das Ziel habe erreicht werden können.

Inhaltlich komme das Geschäft über weite Strecken in der gleichen Form daher, wie es seinerzeit ein Element der Ortsplanungsrevision gewesen sei. Es würden drei Unterschiede auffallen. Einerseits sei das Projekt der ISB - für eine erste Phase - etwas redimensioniert worden, indem das Spielfeld auf die westliche Seite der Nussbaumallee gelegt werde und erst in einer späteren Phase, nach einer allfälligen Erweiterung des Campus, in den ursprünglich vorgesehenen östlichen Bereich umverlegt werde. Damit bestehe dort bis auf Weiteres eine sehr schöne, unangetastete Grünfläche. Der zweite Unterschied bestehe darin, dass mit diesem Schritt nicht nur der Stiftung Aarhus Erweiterungsmöglichkeiten geboten werden könnten, sondern auch der benachbarten Nathalie-Stiftung. Letztere Stiftung habe ebenfalls Entwicklungsbedarf angemeldet und die auch aus kantonaler Sicht erwünschte Nutzung von Synergien zwischen diesen wichtigen Institutionen könne damit zusätzlich gefördert werden. Der dritte Punkt betreffe den bisherigen Standort der ISB an der Mattenstrasse. Die neue Nutzung, welche dort dereinst möglich sein werde, lasse nur noch 3 Stockwerke (inkl. Attika) zu, also eine Etage weniger als in der ursprünglichen Vorlage. Damit wolle man eine bessere Einbettung in das angrenzende Wohnquartier erreichen. Namens des Gemeinderats ersuche er die Ratsmitglieder, das Geschäft zuhanden der Stimmberechtigten zu verabschieden. Die Volksabstimmung sei für den 13. Juni 2010 geplant.

Eintreten wird nicht bestritten.

Johanna Ziberi führt namens der SP-Fraktion aus, sie möchte vorab betonen, dass die SP ausgesprochen dafür sei, dass sich die ISB in unserer Gemeinde wohl fühle. Die ISB passe sehr gut in unsere Gemeinde und sei wichtig für den Wirtschaftsstandort Bern. Es gebe aber noch einige Fragen, die man stellen und einige Aspekte, auf die man hinweisen möchte. Auch wenn das Geschäft im Parlament nicht be-

stritten werde, so sei doch die ganze Ortsplanungsrevision abgelehnt worden. Es sei eine Ortsplanungskommission eingesetzt worden, welche abklären sollte, weshalb dies so sei. Im Parlament seien sich vermutlich alle einig, dass die ISB sicher nicht bezweifelt werde, aber man hätte vielleicht noch einmal die Ortsplanungskommission zu Hilfe ziehen und abklären lassen können. Man habe zum Glück im Nachhinein gesehen, dass es wenig Einsprachen gegeben habe. Es wäre ein Anliegen an den Kommissionspräsidenten, auch die Geschäfte, welche hier unbestritten seien, trotzdem nicht aus dem Auge zu lassen. Im Weiteren seien zwar die meisten Fragen der Mitwirkungseingabe beantwortet worden, aber man habe keine konkreten Angaben erhalten. Die Prüfung der Fahrten sei merkwürdigerweise immer noch nicht abgeschlossen, obwohl das ein Geschäft sei, das bereits seit langem aufgegleist sei. Die SP hoffe, dass wenn die ISB aus dem Dorf weg ein wenig an die Peripherie komme, das Dorf entlastet werde. Doch es sollte keinen Schleichverkehr auf der andern Seite der Autobahn geben; dafür werde eine verbindliche Zusage vom Gemeinderat erwartet.

Markus Bärtschi erklärt, die SVP-Fraktion stimme diesem Geschäft zu. Trotz der ausgeführten Änderungen handle es sich um alten Wein in alten Schläuchen; man habe schon einmal ja gesagt zu diesem Geschäft und sage es auch in dieser Form. Die SVP bedaure aber grundsätzlich, dass der Gemeinderat nicht die abgelehnte Ortsplanungsrevision um Ballast erleichtert und so rasch als möglich wieder dem Volk vorgelegt habe. Den Ballast im Thoracker und in der Schürmatte zu orten, sei keine wahnsinnig schwierige Denksportaufgabe und hätte eigentlich auch nicht die Einsetzung einer Kommission nötig gemacht. Stattdessen werde nun mit diesem schrittweisen Vorgehen viel Zeit verloren gehen und die vielen kleinen Änderungen würden dazu führen, dass eigentlich der grösste Teil der investierten Vorarbeit wieder wertlos werde. Der vom Gemeinderat vorgelegte Zeitplan weise unnötige Längen auf und müsste dringend gestrafft werden. Es seien ganze Jahre ohne Abstimmung darin enthalten. Immerhin könne dem Zeitplan entnommen werden, dass offenbar die für die Planung massgeblich beteiligten Personen einen langen Atem hätten und noch lange in ihren Ämtern verbleiben wollten. Ob dies als gutes Zeichen oder als Anlass zur Sorge zu deuten sei, wisse man nicht.

Stefan Gautschi (forum) führt aus, das unwiderrufliche Aufgeben von jedem m² hervorragendem Landwirtschaftsboden der Gemeinde schmerze sehr. Das forum stelle sich deshalb die Frage, ob es denn so schlimm wäre, wenn die ISB in einer Nachbargemeinde oder in der Agglomeration ein geeignetes Schulhausareal finden, aber in der Region Bern bleiben würde. Der Standort und die Bildungsmöglichkeiten für ausländische Familien würden ja regional vorhanden bleiben. Das forum stimme der Vorlage trotzdem - mit einem weinenden Auge - zu. Dies aus dem Grund, da die ISB zur Identität der Gemeinde gehöre und die Bevölkerung nicht nur von der Turnhallennutzung profitiere, sondern vor allem vom spürbaren Austausch mit dieser Schule. Dies möchte man nicht missen. In der Botschaft werde deutlich das Wärmeverbundprojekt Haco erwähnt. Das forum sehe in dieser Erklärung ein Zeichen, dass das Projekt auf gutem Weg sei und mit einer Realisierung der ISB auch der Grundstein für den förderungswürdigen Wärmeverbund gelegt werde.

Adrian Kauth (FDP/jf) erklärt, nun liege er vor, der erste Teil der Ortsplanungsrevision, und beinhalte die Grundlagen für die weitere Entwicklung der ISB in unserer Gemeinde. Dafür würden die bestehenden Grundstücke der ISB beim Bahnhof in eine WG2- bzw. A1-Zone umgewandelt und im Gebiet Siloah eine Neu-Einzonung vorgenommen. Von diesen Änderungen würden auch die in unserer Gemeinde ansässigen Stiftungen Aarhus sowie Nathalie profitieren, indem diese bauliche Erweiterungen realisieren könnten. An diesem Geschäft speziell überzeugt hätten

- die Verlagerung der ISB aus dem beengten Dorfkern von Gümligen ins nahegelegene, öffentlich gut erschlossene Siloah;

- 19. Januar 2010 -

- die rasche Neuauflage des Geschäfts im Rahmen der Ortsplanungsrevision, vor allem da es von allen Seiten als unbestritten bezeichnet worden sei;
- die gute Anordnung der Neubauten im Siloah hinsichtlich weiterer Entwicklungsmöglichkeiten und Lärmschutz;
- die gleichzeitigen Lösungen auch für das Wohl der Gemeinde durch positive Entwicklungsmöglichkeiten im Bereich Bahnhof Gümligen, Mitbenutzungsrecht der neuen Turnhalle für die ortsansässigen Vereine und vor allem das Schaffen der Grundlage, damit die ISB in Gümligen bleiben könne.

Die FDP-/jf-Fraktion freue sich über dieses ausgereifte und wohlüberlegte Geschäft und stehe deshalb voll für die Vorlage ein.

Die Sprecherin der GPK, Jsabelle Gossweiler, verzichtet auf ein Schlusswort.

Hans-Rudolf Saxer erläutert bezüglich Verkehr, der Gemeinderat habe in der Botschaft explizit in aller Form festgehalten, dass er alles unternehmen werde, damit kein Schleichverkehr durch das Tannackerquartier zum neuen Standort der ISB entstehe. Dies sei ein enorm wichtiger Punkt und es werde durch entsprechende Signalisation und durch polizeiliche Kontrollen sichergestellt, dass kein derartiger Schleichverkehr erfolge. Die mit motorisiertem Individualverkehr zu diesem Standort anreisenden Personen müssten dies via Achse Worbstrasse tun. Sehr wichtig sei natürlich der öffentliche Verkehr und hier dürfe festgestellt werden, dass dieser schon heute bis zum Siloah sehr gut sei. Er werde aber in absehbarer Zeit durch die geplante Tramwendeschleife noch besser werden. Er sei überzeugt, dass das beschränkte zusätzliche Verkehrsaufkommen absolut verkraftbar sei, namentlich auch in Anbetracht der Hauptverkehrszeiten bei der ISB. Diese seien nicht am Morgen zwischen 07.00 und 08.00 Uhr, wo der meiste übrige Verkehr unterwegs sei, sondern der Unterricht würde später anfangen, über Mittag blieben die Schülerinnen und Schüler dort und der Unterricht höre früher wieder auf. Es finde also keine Potenzierung der Verkehrsspitzen statt, weder am Morgen noch am Abend. Im Übrigen sei es so, dass das Projekt Abwärmeversorgung der HACO intensiv geprüft werde. Auch der Gemeinderat engagiere sich, indem Gespräche, namentlich auch mit der HACO, geführt würden. Diese sei grundsätzlich bereit mitzumachen. Das Projekt stehe und falle mit der Wirtschaftlichkeit der Abwärmeversorgung. Ein spezialisiertes Ingenieurbüro sei zurzeit daran, diese abzuklären. Man könne davon ausgehen, dass wenn die Wirtschaftlichkeit sichergestellt werden könne, das Projekt auch realisiert werden könne, eine Garantie könne momentan aber niemand abgeben.

Beschluss (einstimmig)

1. Die Änderung von Art. 62 Baureglement und die damit verbundenen Anpassungen des Zonenplans werden erlassen.
2. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug dieses Beschlusses beauftragt.

8 Desinvestition von Liegenschaften am Sonnenweg und im Steinhübeli

Hannes Treier erklärt als Sprecher der GPK, die GPK habe das Geschäft geprüft und sei der Ansicht, dass es auf frühere Beschlüsse des GGR aufbaue und fachkundig aufbereitet worden sei. Die Kommission habe Einsicht genommen in die Anbieterliste und Kenntnis genommen von der Einholung einer fachkundigen Drittmeinung, welche die Angebote analog beurteile wie der Gemeinderat. Die GPK habe die Frage gestellt, wie sichergestellt werde, dass gemäss der Vereinbarung effektiv Mietwohnungen erstellt würden und nicht, aus Sicht des Investors, lukrative Eigentumswohnungen. Die geplante vertragliche Lösung erscheine zweckmässig. Die GPK empfehle dem GGR einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

- 19. Januar 2010 -

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, wie der GPK-Sprecher soeben gesagt habe, habe der Gemeinderat dem Parlament vor gut zwei Jahren seine Strategie im Zusammenhang mit Desinvestitionen von Liegenschaften unterbreitet. Als Bestandteil dieser Strategie seien damals explizit der Verkauf der Parzelle am Sonnenweg einerseits und die Abgabe eines Teils der Parzelle im Steinhübeli im Baurecht andererseits vorgesehen gewesen. Der GGR habe den Gemeinderat damit beauftragt, die entsprechenden Geschäfte vorzubereiten und dem GGR die nötigen Anträge zu unterbreiten. Diese würden heute vorliegen. Der Gemeinderat sei erfreut, dass er dem GGR heute ein gutes, ausgewogenes Gesamtpaket unterbreiten könne. Die zur Erstellung vorgesehenen 25 Wohnungen würden ein qualitativvolles Wohnen versprechen. Bei der Mehrzahl der Wohnungen handle es sich um speziell erwünschte grosse Wohnungen. Ganz wichtig sei auch, dass gute und verlässliche Investoren hätten gefunden werden können. Damit sei sichergestellt, dass auch bei der Realisierung der beiden Projekte keine ungewollten und unerwarteten Schwierigkeiten auftauchen würden. Im Übrigen sei es tatsächlich so, dass die offerierten Preise gut seien. Wichtig für den Gemeinderat sei auch der Umgang mit den letzten verbliebenen Mietern in den heutigen Häusern am Sonnenweg. Zwei Ehepaare würden am 1. April 2010 noch dort wohnen. Sehr langfristig, nämlich vor 1 1/2 Jahren, seien die Mieter dahingehend orientiert worden, dass sie damit rechnen müssten, die Gebäude auf Frühling 2010 verlassen zu müssen. Die beiden Mieterschaften würden im Rahmen des Möglichen bei der Wohnungssuche unterstützt. Zwei erste Mietofferten für Wohnungen in der gewünschten Grösse innerhalb der Gemeinde hätten bereits unterbreitet werden können. Im Falle der 15 Wohnungen am Sonnenweg seien explizit Mietwohnungen verlangt worden. Diese Verpflichtung zur Erstellung von Mietwohnungen habe der Gemeinderat zusammen mit der Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen schriftlich so vereinbart. Da es sich um eine Personalvorsorgestiftung handle, sei es auch glaubwürdig, dass es sich um eine langfristige Anlage handle. Es sei aber bereits vereinbart worden, dass diese Verpflichtung auch im abzuschliessenden Kaufvertrag geregelt und gesichert werde. Im Moment stehe die Variante Vorkaufsrecht im Vordergrund, eventuell gebe es aber noch andere, bessere Varianten; diese müssten noch ausdiskutiert werden. Auf Anregung und im Einvernehmen mit der GPK habe der Gemeinderat beschlossen, Ziff. 1 des Beschlusses entsprechend zu ergänzen, so wie der Beschluss nun als Tischvorlage aufliege. Der Gemeinderat ersuche darum, diesem Geschäft zuzustimmen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Markus Bärtschi teilt mit, die SVP-Fraktion stimme diesem Geschäft zu. Der Teil Steinhübeli sei mustergültig, die Offerte Sonnenweg möge etwas tief erscheinen. Der Gemeinderat setze aber die auch von der SVP mitgetragene und beschlossene Strategie um und die neue Nutzung im Sonnenfeld sei der alten jedenfalls vorzuziehen. Es könne nicht Sache der Gemeinde sein, dort drei alte Häuschen zu unterhalten und zu vermieten. In diesem Zusammenhang solle aber auch wieder einmal eine Lanze für den genossenschaftlichen Wohnungsbau gebrochen werden. In der Gemeinde würden zwei gut funktionierende Wohnbaugenossenschaften existieren, welche auf Gemeindeland professionell aber zu erschwinglichen Preisen Wohnungen zur Verfügung stellen würden. Es wäre doch wieder einmal eine Überlegung wert zu prüfen, ob nicht eine Etappe nach diesem bewährten Konzept realisiert werden könnte.

Beat Schneider führt aus, auch die SP-Fraktion stehe hinter diesem Geschäft und stimme ihm zu. Insbesondere sei natürlich begrüssenswert, dass grössere, familienfreundliche Wohnungen entstehen würden. Die SP habe sich aber gefragt, wann Punkt 6 der Desinvestitionsstrategie zur Anwendung komme, wo es heisse: "Wo die Mitbestimmung der Nutzung wichtig scheint, wird auf einen Verkauf verzichtet oder

- 19. Januar 2010 -

eine Abgabe im Baurecht erwogen". Die Frage sei deshalb erlaubt, welche Einflussmöglichkeiten die Gemeinde nach einem Verkauf noch hätte, wenn der Käufer zum Beispiel nicht das gebaut hätte, was ihm vorgegeben worden sei. Man nehme nun mit Genugtuung zur Kenntnis, dass die Nutzung im Kaufvertrag sichergestellt werden solle. Trotzdem erscheine der SP eine Abgabe im Baurecht sinnvoller; sie stimme dem Geschäft aber zu.

Christa Grubwinkler erklärt, die FDP/jf-Fraktion unterstütze den Antrag betreffend Desinvestition der Liegenschaften am Sonnenweg und im Steinhübeli. Dem Verkauf des Grundstücks Muri-Gbbt. Nr. 1628 am Sonnenweg werde zugestimmt, da die Gemeinde an diesem Ort keine strategischen Ziele verfolge. Im Gegensatz zum Steinhübeli, wo im Zusammenhang mit der Kindertagesstätte gewisse Ansprüche vorliegen würden, welche mit einem Baurecht gesichert werden sollten. Der Verkauf des Grundstücks am Sonnenweg an die Marti GU bzw. an deren Personalvorsorge-stiftung werde insbesondere deshalb befürwortet, weil bei der Überbauung Schürmatte in gewissen Kreisen stets bemängelt worden sei, dass die Wohnungen zu klein geplant worden seien. Am Sonnenweg würde es sich bei mindestens 60 % der Wohnungen um grosse Mietwohnungen handeln, was - wie bei der Überbauung Schürmatte festgestellt - einem grossen Bedürfnis entsprechen würde. Aus diesem Grund befürworte die FDP/jf-Fraktion den vorliegenden Antrag voll und ganz.

Marina Graham teilt mit, die forum-Fraktion begrüsse die Desinvestition am Sonnenweg und im Steinhübeli, da diese günstigen Wohnraum in unserer Gemeinde schaffe. Der Verkaufspreis am Sonnenweg sei genug tief angesetzt worden, damit Mietwohnungen zu vernünftigen Mietzinsen entstehen könnten. Das forum vertraue dem Gemeinderat, dass er die notwendige Verbindlichkeit der Mietzinsen in den entsprechenden Kaufverträgen festlege. Damit stimme die forum-Fraktion dieser Desinvestition zu.

Peter Kneubühler (FDP) erkundigt sich, wie der rechnungswirksame Erlös verbucht werde. Ob dieser in einen Fonds einflüsse oder allenfalls bei den Schulden in Abzug gebracht werde.

Hans-Rudolf Saxer möchte vorab das Wort kurz an Beat Schneider richten. Es sei tatsächlich so, dass Sonnenweg und Steinhübeli vor dem Hintergrund der gemeinderätlichen Strategie nicht dieselbe Bedeutung hätten. Beim Sonnenweg handle es sich um eine reine Wohnzone, wo eine vollständige Desinvestition gemacht werden könne. Auf der andern Seite sei es sehr wichtig, dass im Steinhübeli, wo die Kita sei, die Gemeinde "einen Fuss darin behalte", um die Entwicklung auch für die Zukunft massgeblich steuern zu können. Zum Votum von Marina Graham bezüglich Mietzinsen könne er anfügen, dass die Gemeinde in der Lage sei, durch entsprechende Vorkehrungen im Kaufvertrag und durch grundbuchliche Vormerkungen sicherzustellen, dass dort tatsächlich Mietwohnungen erstellt würden. Hingegen sei es rechtlich nicht möglich, dass im Kaufvertrag die Höhe der Mietzinsen im jetzigen Zeitpunkt, in 5 oder in 10 Jahren verbindlich festgelegt werde. Die Höhe der Mietzinsen sei aber mit der PK der Marti GU schriftlich so vereinbart worden und es sei wichtig, dass man verlässliche, langfristig orientierte Vertragspartner habe, welchen man vertrauen könne. Die Frage von Peter Kneubühler könne er dahingehend beantworten, dass im Rahmen der Budgetierung 2010 vorgespurt sei, dass der Desinvestitionserlös Sonnenweg im Umfang von rund CHF 2 Mio. zu Gunsten der Laufenden Rechnung des Jahres 2010 vereinnahmt werde. Der Ertrag werde also rechnungswirksam und damit habe man selbstverständlich die entsprechende zusätzliche Liquidität, welche bei der Schuldenbewirtschaftung eingesetzt werden könne.

Der Sprecher der GPK, Hannes Treier, verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

1. Das Grundstück Nr. 1628 am Sonnenweg in Gümligen wird zum Preis von CHF 2'195'000.00 zwecks Erstellung von Mietwohnungen an die Personalvorsorgestiftung der Marti-Unternehmungen verkauft. Die Sicherstellung dieser Nutzungsbestimmung erfolgt durch entsprechende Regelungen im Kaufvertrag.
2. Ein Teil des Grundstücks Nr. 107 im Steinhübeli in Muri im Halt von rund 3'450 m² wird im Baurecht zu einem jährlichen Baurechtszins von CHF 95'000.00 mit Indexierung an die Schenk + Schifferli AG, Bern, abgetreten. Die Baurechtsdauer beträgt 60 Jahre, die Heimfallentschädigung beträgt 90 % des Verkehrswerts.
3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug der Ziffern 1 und 2, namentlich dem Abschluss der nötigen Verträge, beauftragt.
4. Der Beschluss gemäss Ziffer 1 unterliegt dem fakultativen Referendum.

9 **Regionalkonferenz Bern-Mittelland; Freiwilliger Beitritt zur Teilkonferenz Wirtschaft**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Als gemeinderätlicher Sprecher führt Hans-Rudolf Saxer aus, in der Region Bern habe bereits bis anhin eine regionale Wirtschaftsförderung stattgefunden, und zwar sei der Vertreter der Verein Region Bern gewesen, welcher eine Leistungsvereinbarung mit der Wirtschaftsförderung der Stadt Bern abgeschlossen habe. Seit dem 1. Januar existiere nun der Verein Region Bern VRB nicht mehr, die Regionalkonferenz sei an dessen Stelle getreten. Es sei nun sehr wichtig, dass sich die Region Bern aufgrund der strukturellen Umorganisationen nicht einfach aus der Wirtschaftsförderung verabschiede, so nach dem Motto: "Bern hat ja eine Wirtschaftsförderung nicht nötig, da wir schon so stark sind". Ein Aussenden derartiger Signale wäre höchst fatal. Aus diesem Grund habe die Regionalkonferenz beschlossen, ein Gefäss zu schaffen, an welchem die an der Wirtschaftsförderung interessierten Gemeinden teilnehmen und sich engagieren könnten. Es handle sich aber um einen freiwilligen Teil, im Gegensatz zu den obligatorischen Teilen Verkehr, Siedlungsentwicklung und Kultur, welche seit dem 1. Januar am Laufen seien. Für den Gemeinderat sei von Anfang an klar gewesen, dass sich die Gemeinde Muri an diesem solidarischen, regionalen Projekt beteiligen sollte. Die grün-rote Karte am Schluss der Botschaft zeige auf, welche Gemeinden (Stand Sommer 2009) voraussichtlich bei der Teilkonferenz mitmachen würden. Es habe vor allem im östlichen, nördlichen und südlichen Teil relativ viele Gemeinden, welche kein Interesse an einem Beitritt hätten. Diese in peripheren Gebieten gelegenen Gemeinden gehörten praktisch alle zum Perimeter der Regionalpolitik, ein anderes, vom Bund zur Verfügung gestelltes Gefäss, um namentlich kleinere, ländlich orientierte Gemeinden wirtschaftlich weiterentwickeln zu können. Diese hätten andere Bedürfnisse von Wirtschaftsförderung, als eine Stadt Bern oder Muri. Er denke da z.B. an eine Gemeinde Oberthal, diese würde auch Wirtschaftsförderung benötigen, aber eine andere. Diese habe sie in der Teilkonferenz Regionalplanung, wo sie auch freiwillig mitmachen könne. Die meisten der Gemeinden, welche rot dargestellt seien, würden also zu Recht einen anderen Weg gehen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Lee Streit erklärt namens der forum-Fraktion, der Gemeinderat stelle den Antrag, dem Reglement über die Teilkonferenz Wirtschaft zuzustimmen und die regionale Wirtschaftsförderung, inkl. Standortmarketing, der Regionalkonferenz Bern-Mittelland

- 19. Januar 2010 -

zu übertragen. Das forum werde dem Antrag aus zwei Gründen zustimmen. Erstens gehöre es zu den Grundanliegen des forums, Planungen in einem grösseren Zusammenhang zu sehen, über den eigenen Gartenzaun hinauszuschauen, vernetzt zu denken und zu planen. Das forum sehe die Wichtigkeit, den Wirtschaftsstandort der Region Bern zu fördern. Neugründungen von Unternehmen und Industrien würden Arbeitsplätze schaffen und seien damit Instrumente gegen die allgegenwärtig drohende Arbeitslosigkeit. Zweitens habe ja unsere Gemeinde - wie viele andere aus der Agglomeration, die ihr Interesse zu einem Beitritt zur Teilkonferenz Wirtschaft angemeldet hätten - bereits seit Jahren die Dienstleistungen im Rahmen des Vereins Region Bern in Anspruch genommen. Sie habe die Wirtschaftsförderung auf regionaler Ebene durch Dritte, nämlich durch die Stadt Bern, wahrnehmen lassen und dementsprechend habe sie auch die entstandenen Kosten anteilmässig mitgetragen. Diese hätten bis im Jahr 2007 jährlich CHF 6'600.00 betragen. Unsere Gemeinde werde also durch die Zustimmung zum Reglement über die Teilkonferenz Wirtschaft ein bisheriges Leistungsangebot in neuer rechtlicher Form weiter nutzen, allerdings koste es nun fast doppelt so viel. Das Angebot werde also nicht - wie in der Botschaft begründet - kostengünstiger sein, aber das forum unterstütze die Teilnahme an der TKW, weil es diese als eine interessante Plattform sehe, um den Wirtschaftsstandort unserer Gemeinde anzupreisen. Je grösser der Flächenperimeter sei und je mehr Mitglieder mitmachen würden, desto mehr würden die Chancen steigen, dass die Standorte den Bedürfnissen der zuziehenden Unternehmen entsprechen würden. Im Reglement sei ein möglicher Austritt aus der TKW vorgesehen. Man nehme an, dass darüber wieder das Parlament, auf Antrag des Gemeinderates, zu entscheiden hätte. Worauf immer noch gewartet werde, sei die Stellungnahme des Gemeinderates zu Art. 10 des Geschäftsreglements zur Regionalkonferenz Bern, wie er gedenke, die Rechtsgrundlagen im Interesse der parlamentarischen Mitwirkung anzupassen. Dies betreffe im Besonderen die Behördenreferenden und Behördeninitiativen. Dies müsste, wie im letzten Jahr angekündigt, in einer der nächsten Sitzungen geschehen.

Matthias Manz führt aus, die SP-Fraktion stimme diesem Geschäft ebenfalls zu. Es handle sich um eine sinnvolle Fortsetzung von dem, was jetzt schon gemacht werde. Es würden jedoch noch eine Detailfrage und eine grundsätzliche Frage, welche an dem von Lee Streit Gesagten anschliesse, bestehen. Die Detailfrage beziehe sich auf die verschiedenen Leistungsaufträge, mit welchen die Teilkonferenzen umzugehen hätten. Zum einen vergebe sie Leistungsaufträge an die Wirtschaftsförderung der Stadt Bern. Andererseits stehe im Anhang, unter Aufgaben und Zuständigkeiten, Buchst. d), dass die Regionalkonferenz ihrerseits einen Leistungsauftrag der Wirtschaftsförderung Kanton Bern ausführe. Es sei nicht ganz klar, was das genau sei und aus was dies bestehe. Die andere Frage sei tatsächlich etwas grundsätzlicher. Im vergangenen Mai habe der Gemeindepräsident dem Parlament für den Herbst 2009 eine Vorlage betreffend Mitwirkung des GGR im Hinblick auf die Regionalkonferenz angekündigt. Einerseits gehe es um die Frage von Behördenreferenden und Behördeninitiativen, darüber hinaus aber auch um die Frage, wie ein Parlamentsmitglied die Stellungnahmen der Gemeinde im Rahmen der Regionalkonferenz beeinflussen könne. Ob ein Ratsmitglied eine Motion, ein Postulat, eine Interpellation einreichen könne, im Hinblick darauf, wie der Gemeindepräsident als Vertreter der Gemeinde Muri zu einer bestimmten, allgemein interessierenden Frage (Kulturverträge, Regionalplanung, etc.) Stellung nehmen solle. Dies sei doch von einer gewissen Bedeutung und es beunruhige ihn etwas, dass diese Vorlage noch nicht vorliegend sei. Er möchte den Gemeinderat bitten, diese möglichst bald zu präsentieren, damit man sich dieses Instruments bedienen könne.

Urs Grütter erklärt, namens der SVP-Fraktion stelle er den Antrag, diesem Reglement nicht zuzustimmen, der Teilkonferenz Wirtschaft nicht beizutreten. Er spreche nun aus der Wirtschaft und nicht irgendwie aus dem Beamtentum oder aus einer Ver-

- 19. Januar 2010 -

waltung heraus. Wirtschaftsförderung, eine Aufgabe auf der Ebene der Institution, welche ihre Wirtschaft fördern wolle. Wenn also hier die Gemeinde Wirtschaftsförderung wolle, so müssten der Gemeinderat und der GGR Wirtschaftsförderung machen und nicht irgendjemand in Bern. Die Regionalkonferenz könne hier nichts beitragen, ausser dass sie diejenigen Kräfte, welche hier in der Gemeinde wirken sollten, binden würde mit irgendwelchem Verwaltungsleerlauf auf höherer Ebene. Das Delegieren berge weiter die Gefahr in sich, dass man der Auffassung sei, die Sache sei für die Gemeinde erledigt, das würden dann diejenigen richten, an welche man das weitergegeben habe. Wirtschaftsförderung müsse eine Kernaufgabe unseres Gemeinderats bleiben, diese könne er nicht delegieren. Im Übrigen sollte er sie auch ernster nehmen, als man das nun gerade mit dem Zeitplan der Ortsplanung, welcher wirtschaftsrelevant sei, habe erleben müssen. Wirtschaftsförderung bedeute, dass für die Wirtschaft gute Rahmenbedingungen geschaffen würden. In der Wirtschaftsförderung stehe man in einem Wettbewerb mit andern Gemeinden, dies sollte auch so bleiben. Diese Konferenz sei der Versuch eines regionalen Angebotskartells und werde darin enden, dass man Steuersätze harmonisiere und weitere wirtschaftsrelevante Wettbewerbsfaktoren auszugleichen probiere, damit zentral gesteuert gesagt werden könne, wer wohin gehen solle, wobei die Gemeinden dazu nichts zu sagen hätten. Weshalb sei wohl Belp nicht dabei? Belp habe Muri ja im HIV-Rating überholt und wüsste schon, weshalb hier nicht mitgemacht werde. Da sie nämlich im Wettbewerb zu allen andern Gemeinden stehen würden, welche in dieses Gefäss eintreten würden, und dies sei auch gut so. Es würde immer wieder neue Schikanen für die Wirtschaft geben. Es werde geschraubt, auf Bundesebene an der Mehrwertsteuer, der Schwerverkehrsabgabe, der Familienzulage. Auf der Gemeindeebene habe man mit der Ortsplanung gewisse Probleme. Die Wirtschaft werde immer mehr behindert, die Rahmenbedingungen würden immer enger. Das Übel müsse bei der Wurzel gekappt werden, man mache keine Wirtschaftsförderung, indem man irgendwo weit entfernt einen "Götti" schaffe, bei dem die Wirtschaft "mues ga höbele", damit dieser dafür Sorge, dass sie irgendwo tätig werden könne. Man mache Wirtschaftsförderung, indem man dafür Sorge, dass die Wirtschaft tätig werden könne, ohne dass sie "höbele" müsse und ohne einen "Götti" zu brauchen. Eine derartige Wirtschaftsförderung sei Augenwischerei. Wir müssten selber dafür sorgen, dass wir keine derartige Wirtschaftsförderung brauchen würden. Diese Wirtschaftsförderung komme ihm ein wenig so vor wie eine Schiessbude auf dem Jahrmarkt. Man gehe hin, bezahle einen Fünfliber fürs Vergnügen, ballere ein wenig und wenn man etwas abschiessen könne, erhalte man ein Papierblümchen oder einen Stoffdiddl, Wert 50 Rappen, hergestellt in China. Bezahlt dafür habe man einen Fünfliber. Derartige Schiessbuden-Wirtschaftsförderung brauche man nicht. Matthias Manz habe es "gespannt", es werde wieder etwas von der Gemeinde weggenommen. Dies würden sie im Zusammenhang mit der Einführung der Regionalkonferenz schon lange finden. Heute wisse man noch nicht, wie man dann später noch darauf Einfluss nehmen könne. Matthias Manz sei beunruhigt, er sei sehr froh darüber, denn die SVP sei schon seit mehr als einem Jahr beunruhigt. Die CS komme sicher nicht in die Gemeinde, weil sie uns von der kantonalen Wirtschaftsförderung geschickt worden sei, sondern weil wir ein Stück Land gehabt hätten, an der richtigen Verkehrslage, mit den richtigen Baureglementsbestimmungen. Derartige Dinge seien Wirtschaftsförderung. Dies werde nach wie vor auf der Ebene Gemeinde und vom Gemeinderat gehandhabt, gefördert oder verhindert. Man habe auch heute wieder gehört, dass die ISB wichtig sei, dass es wirtschaftsfördernd sei, diese in der Gemeinde zu haben. Im gleichen Atemzug hätten wir gehört, ja und wenn und aber und Schleichverkehr hier und dort und allenfalls noch Randbedingungen setzen wollen. Diese Randbedingungen so zu setzen, dass die ISB eben innert nützlicher Frist bauen könne, dies sei Wirtschaftsförderung! Und nicht alles nach Bern zu delegieren, die regionale Wirtschaftsförderung ein Jahr lang planen zu lassen und wenn sie fertig geplant habe, sei die ISB längst irgendwo im Kanton Freiburg. Die SVP sage also: Übung

- 19. Januar 2010 -

abblasen, nicht beitreten. Man solle sich ein Beispiel an Belp nehmen, die wüssten, was sie tun müssten.

Matthias Manz (SP) entgegnet, er möchte seinem Vorredner doch noch sagen, dass er sich zu Unrecht auf ihn berufe und diesen Blumenstraus würde er eigentlich lieber ablehnen. Er habe nichts dagegen, dass diese Regionalkonferenzen nun gewisse Kompetenzen übernommen hätten. Das Volk habe mit riesigem Mehr die Regionalkonferenzen installiert und damit gewisse Aufgaben für die gemeinsame Besorgung durch die Gemeinden geregelt. Was ihn beunruhige sei, dass die Stellung der Ratsmitglieder und deren Mitwirkungsrechte nicht gewährt seien und man darüber noch nicht diskutieren können. Im Übrigen sei er überhaupt nicht einverstanden mit der Beurteilung einer Wirtschaftsförderung durch Urs Grütter. Er finde es relativ kurios, wie hier von einem Vertreter des Gewerbes argumentiert werde, wie dass z.B. jede Gemeinde selber ein Standortmarketing machen sollte. Es müssten zwar gute Voraussetzungen in der Gemeinde selber geschaffen werden, aber selbstverständlich müsste zusammen mit andern Gemeinden ein Standortmarketing gemacht werden.

Ruth Raaflaub (FDP) führt aus, auch ihre Fraktion sei für einen Beitritt zur Teilkonferenz Wirtschaft. Sie wolle aber noch an die Voten von Lee Streit und Matthias Manz anschliessen. Es gehe ihr genau gleich und sie denke, es gehe allen so, dass nämlich niemand genau wisse, was für Instrumente ihnen in dieser Regionalkonferenz zur Verfügung stehen würden. Sie bitte wirklich sehr um eine rechtzeitige Information, damit das Parlament wisse, mit welchen Instrumenten es operieren könne.

Hans-Rudolf Saxer sichert zu, dass das Geschäft, welches die Kompetenzabgrenzungen Gemeinderat / GGR in den Bereichen Behördenreferendum und Behördeninitiative regeln solle, diesen Frühling dem Rat vorgelegt werde. Gleichzeitig könne er auch festhalten, dass bis jetzt - da die Regionalkonferenz auch erst jetzt starte und die erste Regionalversammlung im Juni stattfinden werde - nichts unters Eis oder verloren gegangen sei. Im Übrigen könne er die Auffassung von Urs Grütter vollumfänglich teilen, wenn er sage, es sei doch nicht möglich, dass eine Gemeinde ihre Wirtschaftsförderung einfach delegiere. Dies sei aber auch nie die Idee gewesen, weder in der Vergangenheit, noch in der Gegenwart und auch nicht für die Zukunft. Vorliegend solle ja auch kein neues Instrument geschaffen werden, mit einem solchen habe man schon während einer respektablen Zeitspanne gute Erfahrungen gemacht und es habe in keiner Art und Weise dazu geführt, dass die Gemeinde nicht selber aktiv geworden wäre. Das heute Abend behandelte Thema der International School sei das beste Beispiel dafür, dass sich der Gemeinderat bereits seit einigen Jahren mit sehr viel Engagement und Intensität darum getan habe, der ISB innerhalb der Gemeinde eine gute Zukunft zu sichern. Derartige Initiativen würden selbstverständlich auch in Zukunft ergriffen werden.

Beschluss (29 Ja / 7 Nein)

Dem Reglement vom 29. Oktober 2009 über die Teilkonferenz Wirtschaft (TKW) wird zugestimmt und die regionale Wirtschaftsförderung (inkl. Standortmarketing) wird der Regionalkonferenz Bern-Mittelland übertragen.

Der Vorsitzende teilt mit, die verbleibenden offiziellen Traktanden 10-22 würden auf die Sitzung vom 23. Februar 2010 verschoben. Die Traktanden 23 (Informationen des Gemeinderats) und 24 (Neue parlamentarische Vorstösse) würden nun noch behandelt und an der Sitzung vom 23. Februar 2010 wiederholt.

23 Informationen des Gemeinderats

Es erfolgen keine Informationen durch den Gemeinderat.

24 Neue parlamentarische Vorstösse**Motion FDP/jf und SVP betreffend Schulraumplanung**

Wie bereits in einem durch Rolf Friedli (SVP) eingereichten Vorstoss vom 22. März 2005 gefordert, beauftragen wir den Gemeinderat, die Schulraumplanung unverzüglich an die Hand zu nehmen, wenn nötig mit externer Unterstützung.

Begründung:

Bereits beim Einreichen des noch hängigen Postulats Friedli (SVP) betreffend Raumbedarf / Angebot Schulhäuser aus dem Jahr 2005 war es offensichtlich, dass gewisse Entscheide ohne grundlegende Schulraumplanung gefällt werden mussten. Diese Situation hat sich in den letzten Jahren sogar verschärft, sodass jetzt wirklich eine Grundlage für zukünftige Entscheidungen im Bereich der Schulen erarbeitet werden muss, und zwar allenfalls mit Varianten-Lösungen, die z. B. die Einführung der Basisstufe, die Bevölkerungsentwicklung, etc. berücksichtigen.

Muri 19. Januar 2010

A. Kauth, R. Cadeg, P. Kneubühler, J. Gossweiler, A. Bärtschi, R. Raaflaub, M. Kästli, B. Schmitter, U. Siegenthaler, Ch. Grubwinkler, G. Pulver, D. Kempf, M. Huber, S. Lack, A. Corti, E. Mallepell, U. Grütter, F. Schwander, R. Friedli, M. Bärtschi, B. Eber, J. Aebersold, U. Wenger, M. Graham, J. Ziberi, R. Wakil, B. Schneider, F. Ruta, S. Fankhauser, M. Manz, L. Streit (31)

Postulat Ruta (SP) betr. Fussgänger-Verbindung Thoracker

Wer von der RBS Station Melchenbühl entlang der Worbstrasse Richtung Thoracker zu Fuss unterwegs ist, findet nach der Überquerung der Thorackerstrasse keine Fortsetzung des Fusswegs. Er hat dann die Wahl zwischen einem grösseren Umweg oder einem Trampelpfad. Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, inwiefern dieser Trampelpfad zu einem ordentlichen Fussweg ausgebaut werden kann.

Begründung

- Der heutige Verlauf des Fusswegs ist irreführend.
- Die Existenz dieses Trampelpfads zeigt ein reales Bedürfnis für einen ordentlichen Fussweg.
- Die Sicherheit der Fussgänger kann durch einen ordentlichen Fussweg erheblich verbessert werden

Gümligen, 19. Januar 2010

F. Ruta, R. Wakil, J. Ziberi, M. Graham, M. Manz, S. Fankhauser, B. Marti, L. Streit, D. Kempf, U. Wenger, A. Bärtschi, R. Raaflaub, U. Siegenthaler, S. Gautschi (14)

- 19. Januar 2010 -

Postulat Raaflaub (FDP) und Huber (jf) betr. Weihnachtsbeleuchtung in der Gemeinde Muri

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, eine Weihnachtsbeleuchtung für unsere Gemeinde anzuschaffen, die künftig jeweils im Dezember in den Strassen un evtl. auf den Kreiseln angebracht wird.

Begründung

In vielen Gemeinden verbreiten Weihnachtsbeleuchtung auf öffentlichen Strassen und Plätzen in der oft hektischen Vorweihnachtszeit etwas Wärme und Licht. In Muri steht jeweils ein wunderschöner Weihnachtsbaum vor dem Gemeindehaus, der vom Dorfverein in Zusammenhang mit Gemeindearbeitern aufgestellt und geschmückt wird. Die Strassen sind aber ohne jeglichen Weihnachtsschmuck ausgestattet. Im Gegensatz dazu hängen zum Beispiel in Rapperswil und Magglingen während der Weihnachtszeit an allen Strassenlampen beleuchtete Weihnachtssterne. In diversen Gemeinden werden die Strassenkreisel weihnächtlich geschmückt, in der Stadt Bern werden beleuchtete Weihnachtsbäume vor die Hausfassaden montiert usw. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinde würden es mit uns begürssen, wenn künftig jeweils im Dezember auch in Muri mit einer entsprechenden Strassenbeleuchtung Weihnachtsstimmung verbreitet würde. Dies könnte vielleicht an den Vorrichtungen für den Fahnschmuck montiert werden.

Muri, 19. Januar 2010

J. Gosswiler, R. Cadetg, U. Wenger, R. Wakil, J. Ziberi, S. Gautschi, M. Huber, P. Kneubühler, E. Mallepell, R. Raaflaub, A. Bärtschi, S. Lack, C. Chételat, L. Streit, E. Pulfer, J. Aebersold, U. Siegenthaler, M. Kästli, A. Corti (19)

Interpellation Forum-Fraktion betr. Fuss- und Veloweg Schürmatten (Verbindung Seidenberg-Thoracker)

Der Gemeinderat hat an seiner Sitzung vom 26. Oktober 2009 die Legislaturziele 2009 – 2012 aufgrund der abgelehnten Ortsplanungsrevision überarbeitet. Mit Schreiben vom 2. November wurden die verabschiedeten Legislaturziele dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnis übermittelt.

Im Kapitel 5, Verkehr, wird als Ziel die Fuss- und Veloverbindung Schürmatten (Verbindung Seidenberg – Thoracker) mit Realisierungs-Jahr 2011 aufgeführt.

In diesem Zusammenhang ergeben sich folgende Fragen:

- Welche Massnahmen zur Umsetzung dieses Zieles gedenkt der GR einzuleiten?
- Wie weit fortgeschritten ist die Planung?

Begründung:

Für die Quartierbevölkerung stellt diese Fuss- und Veloverbindung eine echte Verbesserung insbesondere für Schüler dar und optimiert die Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Im Übrigen ist diese Verbindung auch im Richtplan Verkehr enthalten.

Muri, 18.01.2010

M. Graham, S. Gautschi, N. von Fischer, L. Streit, B. Schneider, M. Manz, S. Fankhauser, B. Marti, U. Wenger, D. Kempf, U. Siegenthaler, G. Pulver, J. Aebersold (13)

- 19. Januar 2010 -

Interpellation SVP-Fraktion betr. Kamata

Welches ist der Stand des Rechtsstreits um die im Gebäude KAMATA zulässigen Nutzungen?

Wieweit ist die Gemeinde in diesem Rechtsstreit formell Partei?

Was gedenkt der Gemeinderat zu unternehmen, um den dort ansässigen Firmen ein weiteres Verbleiben am Standort KAMATA zu ermöglichen?

Begründung

Die heutige KAMATA Nutzung erscheint sinnvoll. Die juristischen Querelen um die Zulässigkeit von Verkaufsnutzungen beeinträchtigen den Ruf der Gemeinde als Wirtschaftsstandort. Angesichts des unmittelbaren Autobahnanschlusses erscheinen für das Gebiet grundsätzlich Verkaufsnutzungen mit erhöhtem Kundenverkehr als angemessen.

Gümligen, 19. Januar 2010

U. Grütter, F. Schwander, R. Friedli, M. Bärtschi, B. Eber, G. Pulver,
J. Aebersold, Ch. Grubwinkler, U. Wenger, M. Huber (10)

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

Mitteilungen

Der Vorsitzende ruft die Ratsmitglieder dazu auf, gehaltene Voten wenn möglich in schriftlicher Form der Protokollführerin zu übergeben und Vorstösse per Mail an die Gemeindeschreiberei zu senden.

Er lädt die Anwesenden zum Apéro im Anschluss an die heutige Sitzung ein.

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Beat Wegmüller Anni Koch

Der Präsident:

K. Urs Grütter